

Experten fordern Änderungen im Entwurf zur Pensionsharmonisierung

Stichtag wäre gerechter als Ausnahme der „50+“

Die Pensionsexperten Bernd Marin, Wolfgang Mazal, Franz Walter Pagler und Theodor Tomandl beurteilen Teile der Pensionsharmonisierung zwar positiv, fordern aber statt der Gültigkeit für alle unter 50-Jährigen eine „Neustarttag-Regelung“.



Marin und Tomandl gegen geplante Parallelrechnung. Foto: AP

Marin, Pagler und Tomandl stellten die „gemeinsame Auffassung“ zu der Gesetzesvorlage gestern in einer Pressekonferenz dar, Mazal war verhindert. Sie deponierten ihre Änderungsvorschläge unter Hinweis darauf, dass genug Zeit für Korrekturen sei, weil die Reform de facto ohnehin erst in frühestens zwölf Jahren wirksam werde.

Vorzüge der Gesetzesvorlage sind aus Sicht der Experten: Das Pensionskonto, weil es Beitragswahrheit und -gerechtigkeit, korrekte Aufwertung und langfristig eine einheitliche Bemessungsgrundlage bringe; die großzügige Anrechnung von Ersatzzeiten für Kindererziehung, Arbeitslosigkeit, Krankheit; das freiwillige Splitting der Kindererziehungszeiten; der Pensionskorridor, der Wahlfreiheit bei Beibehaltung eines solidarischen Umlagesystems bringe.

Im Detail üben die Experten aber scharfe Kritik. Besonders bemängeln sie, dass die Harmonisierung nur für unter 50-Jährige gelten soll und eine „Parallelrechnung“ geplant ist. Damit müssten in den nächsten Jahrzehnten bei jedem Pensionsantritt drei verschiedene Rechnungen ange-

stellt werden – womit Transparenz nicht gewährleistet und ein unerhörter bürokratischer Aufwand verbunden sei.

Die Experten fordern, die Pensionsharmonisierung für alle nach einem „Sockel“-Modell und nicht mit Parallelrechnung durchzuführen. Statt der 15- bis 18-jährigen „Übergangsfrist“ für die über 50-Jährigen sollte eine rasche „Neustarttag-Regelung“ mit einer „Startkapital“-Berechnung für alle kommen. Das wäre ein „wirklich transparentes und faires System für alle“, die „Brüche, Ecken und Kanten“ für Betroffene und somit „Klagen mit Erfolgchancen“ könnten vermieden werden, meinen die Experten.

Scharf kritisieren sie auch die geplante Schwerarbeiterregelung. Stattdessen sollte jeder einen Antrag stellen können und selbst beweisen, Schwerarbeit geleistet zu haben. Insgesamt müsste es für alle Sonderregelungen Bedeckungszusagen geben.

Auch seien Schutzbestimmungen gegen „Zwangspensionierungen“ notwendig, der Pensionskorridor dürfe nicht dazu führen, dass Arbeitgeber gegen ihren Willen in die Pension gedrängt werden. ■